Elektroschrott im Supermarkt abgeben, Rund 250.000 Handwerker gesucht, Totalausfall der russischen Gaslieferungen

Elektroschrott im Supermarkt abgeben

Der alte Fernseher, das Handy mit dem defekten Akku oder die kaputte Waschmaschine. Verbraucher sind verpflichtet, die Geräte ordnungsgemäß zu entsorgen. Das geht bereits seit Anfang dieses Jahres in vielen Supermärkten. Doch galt in der ersten Jahreshälfte noch eine Übergangsfrist, sind nach dem novellierten Elektrogesetz größere Lebensmittelhändler ab dem 2022 verpflichtet, Elektroschrott kostenlos mitzunehmen. Einzige Voraussetzungen: Das Geschäft muss mehrmals im Jahr oder dauerhaft einzelne zumindest Elektrogeräte anbieten und eine Ladenfläche von mindestens 800 Quadratmetern haben. Für die meisten Ketten wie Aldi, Netto oder Kaufland trifft das zu. In den meisten Fällen ist die Rückgabe zudem nicht an einen Neukauf gebunden. (Berliner Zeitung)

Rund 250.000 Handwerker gesucht

Eine sechsstellige Zahl von Mitarbeitern suchen Deutschlands Handwerksbetriebe. Bei den Arbeitsagenturen sind nach Angaben des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) derzeit 150.000 offene Stellen gemeldet. Da nicht alle Betriebe unbesetzte Stellen an die Agenturen melden, geht der Verband von schätzungsweise rund 250.000 fehlenden Handwerkerinnen und Handwerkern aus, wie eine ZDH-Sprecherin berichtete. Grundlage sind Rückmeldungen aus den Handwerkskammern. Der

Personalmangel hemmt nicht nur das Wirtschaftswachstum, sondern gefährdet die politischen Ziele der Bundesregierung, wie nicht nur Handwerksfunktionäre seit Jahren warnen. (Der Tagesspiegel)

Totalausfall der russischen Gaslieferungen

Einen Totalausfall der russischen Gaslieferungen fürchtet die Bundesnetzagentur und ruft zu größeren Anstrengungen beim Energiesparen auf. Die Frage sei, ob aus der bevorstehenden regulären Wartung der Gaspipeline Nord Stream 1 eine länger andauernde politische Wartung wird. Wenn der Gasfluss aus Russland politisch motiviert länger anhaltend abgesenkt wird, müssen wir ernsthafter über Einsparungen reden. Die zwölf Wochen bis zum Beginn der Heizsaison müssten genutzt werden, um Vorbereitungen zu treffen. Anzumerken sei, dass Deutschland nicht vor einer Stromlücke stehe. Außerdem besteht nicht die Gefahr, dass Deutschland gar kein Gas mehr bekommt. Deutschland könne unter anderem aus Norwegen und aus den Niederlanden versorgt werden. (Manager Magazin)